

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 209.

Dienstag 30. Juli 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Der Kaiser hat die Heimfahrt von Bergen angetreten.
Wegen schwerer Mißhandlung einer Schaar von Reichsdeutschen in Weiskirchen ist gestern der deutsche Konsul in Innsbruck bei der dortigen Statthalterei vorbestraft worden.
Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist der bereits vorgestern angekündigte Schritt der Türkei hinsichtlich des griechischen Vandalens sehr ernster Natur.
Bei dem Brande eines sechsstöckigen Gebäudes in New York kamen annähernd 20 Personen ums Leben.

Der Papstbrief und kein Ende.

Von unserem hiesigen Korrespondenten.
Vor kaum einem halben Jahre sah sich der Erzbischof von Bamberg gezwungen, den für einen Kirchensünder höchst ungewöhnlichen Weg einer Erklärung in der Tagespresse zu betreten. Die Veranlassung waren bekanntlich die unerhörten Angriffe, die gegen ihn und den greisen Erzbischof von München wegen ihres Erlasses gegen die Zentrumsparthei bei der Stichwahl zum Reichstage gerichtet wurden.
Die Erklärung der beiden Bischöfe wurde bereits telegraphisch mitgeteilt. Sie ist nach Lage der Sache trefflich zu nennen. Soweit die 'Aeriker' Schells berührt werden mußten, konnte sie nicht anders ausfallen. Auf der anderen Seite aber wirkte das erneute Bekenntnis der Freundschaft für Schell, die nachdrückliche Betonung der Bistüm sehr sympathisch. Und zwischen den Zeilen ist zu lesen, daß die beiden Bischöfe nicht daran denken, den Plan, daß Schell ein Großdenkmal erhalten, aufzugeben oder ihre Namen von dem Denkmal zurückzuführen.
Die 'Ausg.' Postg. hat die Erklärung mit keinem Kommentar begleitet. Anders der 'Bayer. Kurier', obwohl er sagt, 'als Laien steht es uns nicht zu, die Erklärung der beiden Kirchenfürsten zu kommentieren'. In diesen Worten liegt ja schon ein abschließendes Urteil. Noch deutlicher wird die Unzufriedenheit in den folgenden Schlüssen der Betrachtung:
'Daß die Parade-Ingenieurung und der umfangreiche Apparat, der doch für die Errichtung eines einfachen Grabdenkmals nicht gerade unbedingt erforderlich erscheint, von den hochwürdigsten Oberbritten von Regensburg und Bamberg als Gelegenheit zur Demonstration gegen Rom aufgefaßt wurde, ist unersetzliches niemals behauptet worden. Wir hoffen auch nicht, daß die Fortsetzung der Denkmalsangelegenheit im Papstbriefe an Dr. Commer zu einer 'Demonstration gegen Rom' von Seiten deutscher oder richtiger bayerischer Bischöfe führt, denn unsere Bischöfe haben die meisten oder fast alle deutschen Bischöfe den Brief bereits veröffentlicht.'
Das klingt wie eine Denunziation und wird wohl nichts anderes sein sollen. Und zugleich will das führende Münchener Zentrumsorgan sozusagen ein Zwangsverbot gegen die Bischöfe herbeiführen, welche bisher den Papstbrief noch in ihrer Tasche liegen ließen, in erster Linie gegen die beiden bayerischen Kirchenfürsten, deren Namen mit den andern Unterzeichnern des Schellauftrages entweder Unwissenheit in den kirchlichen Lehren oder Widerstand gegen den päpstlichen Stuhl unter verkehrtem Vorwand nachgesetzt wurde.
Nun war es gerade der 'Bayer. Kur.', der 'unverfälscht' gemeldet hatte, daß die Veröffentlichung des Papstbriefes in den Tagesblättern fehlte: 'Jetzt plötzlich läßt er sich, wie ebenfalls bereits mitgeteilt ist, aus 'Rom' telegraphieren, daß Schreiben sei an die deutschen Bischöfe mit dem Vermerk übergeben worden: 'us notissimum cloro et populo. Der Briefen bestche auf der Veröffentlichung, die Wendung sei nur aus Gründen der Höflichkeit gewählt worden.'
Nun tut Rom keinen Gefallen mit der Versicherung, daß es auch jetzt, nach der Entlassung Commer, noch auf der Forderung der Publikation beharre. Diese wäre aber, wenn Klaus und Volk von ihr erhalten soll, nur auf zwei Wegen möglich: entweder durch die Tagesblätter oder durch die Verkündigung von der Kanzel herab. Was jetzt haben, trotz der Gegenbehauptung des 'Bayer. Kur.', die meisten deutschen Bischöfe weder das eine noch das andere getan — die Veröffentlichung in den Tagesblättern ist, soviel man in München weiß, bisher nur aus München und Freiburg gemeldet worden. Speziell die bayerischen Bischöfe sind nach der Meinung des 'Bayer. Kur.' noch der 'Demonstration gegen Rom' verdächtig. Der Erzbischof von München ließ die Nummer mit dem Papstbriefe offenbar wieder vernichten — sie ist auch nicht an den Kaiser verandt.
Wenn man von Hermann Schell spricht, darf vielleicht außer dem Zusammenhang eine Episode angefügt werden, die in diesen Tagen von höchstem Interesse erscheint. Es handelt sich um eine Ehrengabe des Münchener Professors der Theologie, Dr. Knöpfler, eines Freundes Schells, der von den Ultramontanen ebenfalls mit besonderem Dasse beehrt wird. Zu seinem 60. Geburtstag wurden ihm als Festgabe von 17 früheren Schülern, zumeist mit langweiligen Namen, wissenschaftliche Arbeiten überreicht. Dabei hielt der Benediktinerpater Ruppert Aeb, eine hier namentlich als Redner sehr gefeierte Persönlichkeit, eine Ansprache, in der er u. a. sagte: 'Es hat eine Zeit gegeben — vor mehreren Jahrzehnten war es — da wurde in allen Lauben mit ganz besonderer Ehrfurcht die theologische Fakultät der Münchener Universität genannt, und nicht in letzter Linie war es der Vertreter der kirchenhistorischen Disziplin, der durch sein der Geschichte angehöriges Schaffen dem Ort seiner Wirkksamkeit Ehre und Ruhm verlieh. Und doch hat gerade Ihrem weitberühmten Vorgänger, dem verehrten Professor v. Dollinger, ein Recht konnten

wir im Vorwort unserer Beilage von ihm sagen: Zahllose Dörfer hatte er im Laufe der Jahrzehnte zu seinen Füßen gesehen, und doch stand er — ein einsamer Mann. Nur Bücher hinterließ er, seine Schüler, nur Schätze, keine Erben. Das ist bei keinem Nachfolger anders geworden. Hunderte von Schülern haben den Samen hinaustragen nach allen Seiten und werden immer neue Anhänger für die von Ihnen übernommenen Ideen. Männer, die gleich Ihnen die feste, heilige Überzeugung haben, ihrem Herrgott und ihrer Kirche dadurch am besten zu dienen, daß sie unentwegt und unerschrocken den Ruf der Wahrheit pflegen.'
An dieser Ansprache sind nicht etwa nur die letzten hier zitierten Worte, wenn sie auch nicht ohne Rücksicht auf die Vorgänge in der Kirche gesprochen sein mögen, sehr bemerkenswert. Die Bedeutung liegt besonders darin, daß der große Theologe und Kirchenhistoriker des vorigen Jahrhunderts, Ignaz von Dollinger, aus dem Munde eines katholischen Geistlichen öffentlich in solcher Weise erwähnt wurde. Dollinger, der seinerzeit mit dem Kaiser die gleiche Würde seiner Autorität und seines Wissens als 'Theologe, als Historiker, als Deutscher' gegen das Unschickbarkeitsdogma protestierte, der nach einem Hirtenbrief des damaligen Münchener Erzbischofs von Scherr das geistige Haupt der ganzen gegen das vatikanische Konzil im Werk gestanden Bewegung gewesen ist; gegen den der gleiche Erzbischof die Kommunikation ausgesprochen; Dollinger, der ohne Widerruf gestorben ist.

Der Kaiserbesuch und die deutsch-englische Détente.

Von unserem Londoner K-Korrespondenten.
Die radikale Mißstimmung gegen die Politik Sir Edward Grey nimmt sichtbar zu. Die Haltung der englischen Delegierten im Haag scheint den Radikalen geradezu empörend, wenn sie sie mit den Friedensverhandlungen vergleichen, unter deren Deckmantel die gefährliche Allianzpolitik betrieben wird. Es sind keineswegs nur Sozialisten und Ideologen, welche sich in starken Ausdrücken äußern. Sir Edward Grey ist im Unterhause recht energisch von dem konservativen Oppositionen zur Rede gestellt worden, daß aber die Interventionen an die Delegationen keineswegs vorzuziehen, sondern sich mit ein paar Worten über die Verhältnisse aus der Ähre zu ziehen geläufig. Inzwischen ist die Konferenz durch Marshall von Bieberstein Rede und die deutsche Annahme des amerikanischen Vorschlags auf Errichtung eines permanenten Schiedsgerichts auf einem Punkt angelangt, bei dem offenbar den englischen Delegierten selbst bange wird, daß die Unschicklichkeit der englischen Abkühlungsversuche aller Welt klar werden muß, wenn sie die Permanenz des Schiedsgerichts für einen bestimmten unerschrockenen Kreis von Streitigkeiten zulassen abweisen können.
Die 'Tribüne', ein als ministeriell bekanntes Organ der Liberalen, veröffentlicht ein scharfes von den englischen Delegierten inspiriertes Interview ihres Londoner Korrespondenten, worin es heißt: 'Was zum Dienstag war es ein Kriegskonferenz. Jetzt wird wirklich ein Friedenskonferenz daraus. Wir stehen ungewißheitlich auf dem Kreuzweg der Konferenz. Baron Marshall's Rede, die auf ausdrückliche Berliner Instruktionen gehalten wurde, macht beim Lesen einen noch besseren Eindruck. Lord Balfour's Rede ist nicht besser gehalten worden. (Lord Balfour's Rede ist die erste Friedenskonferenz im britischen Interesse.) Ebenso einstimmig ist die Ansicht, daß England seine frühere Position als Führer der Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung eingebüßt hat. Man kann die Enttäuschung der Delegierten kaum übertreiben, die bisher England als ihren natürlichen Führer betrachtet haben. Je enger sie sich an England angegeschlossen hatten, desto befremdeter und verwirrt sind sie über die ungewöhnliche Haltung, welche die britische Vertretung befolgt hat. Nicht ein Delegierter aus Europa, Amerika oder Asien, den ich gesprochen habe, hat ein einziges Wort über eine einzige Tat der britischen Delegation anerkennen können, womit sie irgend jemand, der für Schiedsgerichte und die Verbindung von Krieg und Frieden gearbeitet hat, unterstügt hätte.
Auf der anderen Seite stellt sich aber die gesamte englische Presse, ob sie nun vom Foreign Office inspiriert erhält oder nicht, noch wie vor freudig auf den Standpunkt, daß England alles Ordentliche an Entgegenkommen bei der Vertretung der Detente leistet, wenn man sich deutsche Anwesen in dieser Richtung stillschweigend gefallen lasse. Die Dinge-Organen haben Graf Rettern's Rede auf dem Gipfel der Überbaupt unterzogen. Selbst die Liberalen haben weder zu der Rede noch zu den Ordensverleihungen an Lord Mayor und Scherr's ein Wort des Kommentars. Die Ankündigung des Besuchs König Eduards VII. in Wilhelmshöhe wird möglichst vertuscht, dagegen dem Besuch Wilhelm's II. und vor allem der angeblichen Pläne der Kaiserin, den Gatten zu begleiten, die erhebliche Prominenz gegeben, ein Beweis, daß das Empfinden vieler Deutschen in England richtig ist, welche die hohe Frau aus keinem englischen Königshaus leben möchten, bevor nicht Königin Alexandra, die so oft an Kiel vorbeisegelt ist, trotz jenseitigen Widerstandes ihrer Fahrt in der Ostsee nach Schottland, immer noch jenseitige Antrittsbüste erlebt hat. Lieber die englische Auffassung vom Besuche König Eduards veranlaßt hier sein Wort. Nur die Berliner Korrespondenten berichten in ihrer üblichen Überzeugung, daß die Reise privater Natur sei. Diese natürliche Überzeugung wird noch größer, wenn die Berliner Korrespondenten der Regierungspresse über die große und unerhörte Gegenwirkung Deutschlands über den Besuch des Wohlwollens berichten, der in König Eduards Reise liegt. Warum, die halböffentliche Berlin sucht dem Besuchsanstich genau die Zeitung zu geben, die man in unbrüderlichen Kreisen erwartet hat. Eine Zeitung, durch die man in der öffentlichen Meinung der alliierten Länder den Glauben zu erwecken sucht, Deutschland bewähre sich, durch König Eduard aus seiner Isolation herauszukommen, und der gute Graf Eduard betradete diese 'Verwirrung' mit Wohlwollen.
Wie das Wohlwollen aussieht, erleben wir im Haag, wo der Vize-Minister gänzlich aus der Rolle fällt. Das Verhalten der ganzen englischen Presse zu den deutschen Detente-Gemächern beweist aber, daß man zwar gewillt ist, die 'privaten Reisen' des Königs und des Kaisers für die Beilegung der ausstehenden öffentlichen Meinung zugunsten der englischen Allianzpolitik zu denken, sich gleichzeitig aber selbst keinen Schritt, der zu irgend etwas auch nur moralisch verpflichten könnte, aus seiner Reserve hervorzulassen läßt. Das will etwas sagen. Denn man ist hier nicht die zunehmende Reduktion der französischen Armee in den naheliegenden Kreisen für ernstlich erschreckend; man hätte dergleichen selbst noch General-Französisch unangenehm berichtet, nicht gerade; und die in der Verfassungsforderung von Deutschland in den letzten Tagen geäußerten Bemerkungen, daß auch in dieser Beziehung der französische Vorgehen 'klar' ist, haben sehr verblüfft. Trotz alledem geht man das hundertmal Spiel des Sprödetztes fort, um sich 'erleben' zu lassen. Je weniger Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden, desto besser für die Interessen der deutschen und englischen Politik vor dem unglücklichen Anlaß. Hoffentlich pinnt die Fortsetzung in Wilhelmshöhe den gleichen Boden.

Deutsches Reich.

Reipzig, 30. Juli.
Von der Nordlands-Fahrt. Wegen Nebel erfolgte die Abreise des Deutschen Kaisers von Bergen erst am Sonntag früh 6 Uhr. Das Wetter härtete sich aber während der Reise auf. Im Vorfeld ist alles wohl.
Militärisches. Die Nachricht, daß zwei Bataillone des Leib-Regiments (Grenadier B) in Frankfurt a. O. mit neuen Karabinern benannt seien, beruht auf einer Verwechslung. Es sind, wie die 'Mil.-pol. Korrespondenz' berichtet, an eine Anzahl Infanterie-Bataillone je acht Karabiner neuen Modells zu Tragenbefugnisse erhalten. Bei den betreffenden Schwadronen trägt ein Zug den alten Karabiner in der bisherigen Art, ein zweiter Zug trägt den neuen Karabiner über den Rücken, der dritte und vierte Zug in verschiedener Weise an der Seite befestigt. Auch über die Möglichkeit, den Karabiner geladen zu tragen, werden Versuche gemacht.
Vereinsrecht. In der gegenwärtigen Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung der einzelnen deutschen Bundesstaaten hat das sogenannte Präventivverbot für Versammlungen ein nicht unbedeutendes Geltungsgebiet. Abgesehen von denjenigen Bundesstaaten, welche für alle politischen Versammlungen eine ausdrückliche Genehmigung erfordern, ist in einer Reihe anderer Bundesstaaten die Zulässigkeit eines vorherigen Verbots im Falle der Gefährdung von Sicherheit und Ordnung, in einzelnen Bundesstaaten auch bei Gefährdung der Sittlichkeit oder bei Verletzung ungesetzlicher Zwecke ausdrücklich ausgesprochen: so im Königreich Sachsen, Sachsen-Altenburg, beiden Schwarzburg, Meckl. v. L., Hamburg und in Oldenburg. Aber auch in anderen Bundesstaaten, z. B. in Preußen, in welchen besondere Vorschriften über das Verbotrecht nicht bestehen, wird die Zulässigkeit von Versammlungen bei einer Gefahr für das Staatswohl zu verbieten, aus dem allgemeinen Rechte der Staatsgewalt geschlossen und nach freiem Ermessen der Polizeibehörde gehandhabt. Wenn also das in Aussicht stehende Reichsgesetz in der Regelung des Versammlungsrechts ein Präventivverbot nicht aufnimmt, so tut es damit einen bedeutsamen Schritt nicht nur für die Vereinheitlichung, sondern auch für die freiheitliche Gestaltung des Versammlungsrechts.
Anziehung von Deutschrussen. Eine Kommission sibirischer Deutscher, die die Aufgabe hat, Verhältnisse und Gegenden zu studieren, die sich dazu eignen, Deutschrussen anzusiedeln oder als Landarbeiter zu beschäftigen, bereist zurzeit die Provinzen Polen und Ostpreußen. Die Kommission besteht aus vier Herren, und zwar: Viktor Kaufeld, Lehrer Wilhelm, Landwirt Hartmann und Landwirt Kroemer aus Samara und Saratow. Die dortige deutsche Kolonie, die seit 1740 besteht, zählt 600 000 Seelen. Bereits seit Jahren findet eine starke Abwanderung der Deutschen aus jenen Gegenden statt, die sich teils nach Sibirien, teils nach Amerika und bisher nur zum geringen Teil nach Deutschland richtet.
Die Erträge der neuen Steuern. Offiziell wird mitgeteilt: Die neuen Steuern haben ein Ergebnis gehabt, das sich leider nicht durch die späteren Einnahmen wird stark bessern lassen. Sie haben insgesamt 14 Millionen Mark, und zwar die Fruchtsteuer 3,2, die Personenertragsteuer 3,2, die Kraftfahrzeugsteuer 0,3, die Aufschlagssteuer über den Personenertrag 2,0 und die Erbschaftsteuer 4,8 Millionen Mark erbracht. Nach dem Staatsanlagengesetz für das Vierteljahrstrag aber auf rund 22 Millionen Mark, so daß mit einem Nettobetrag von rund 9 Millionen Mark gerechnet werden muß. Nur der Fruchtsteuerertrag hat einen kleinen Ueberschuß zu verzeichnen gehabt, alle übrigen neuen Steuern schließlich das erste Vierteljahr 1907 mit einem Nettobetrag ab, darunter die Erbschaftsteuer mit einem solchen von 4,4, der Stempel für Fahrkarten von 3,7 Millionen Mark. Nicht man die Einnahme, so steht ein Mehr von 13,8 Millionen Mark bei Böllen und Verbrauchssteuern, Zölle- und Lotterier sowie Eisenbahnverwaltung ein Ueberschuß von 24,8 Millionen Mark bei Rohverwertung und neuen Steuern gegenüber. Im ersten Viertel des Finanzjahres 1907 ist also bei den angeführten Einnahmequellen des Reichs ein Nettobetrag von 10 Millionen Mark gegenüber dem Staatsanlagengesetz festzustellen.
Die Wehrverhältnisse in der Ostmark. Schätz Abiturienten des Lehrerseminars zu Kempfen hatten vor einiger Zeit die Orber zur Wehrung von Lehrstellen in der Ostmark erhalten. Diese Wehrung ist jetzt zurückgenommen; sämtlichen Wehrverpflichteten wurden Stellen in reichlich-wahlreichen Bezirken überlassen. Kultusminister Dr. Halle soll sich, wie eine Korrespondenz berichtet, dahin geäußert haben, daß es für die Wehrverpflichteten kein Vorteil sei, wenn die heimische Scholle ignoriert werde. Für die Wehrung der Lehrstellen im Osten seien genügend Kandidaten vorhanden, so daß er hoffe, binnen eines Jahres den Lehrermangel zu beseitigen.
Dachstuhl-Projekt. Die bekannte Broschüre Herods, in der seine Ansichten über den Antimilitarismus andeuten, ist vor längerer Zeit unter dem Titel 'Das Vaterland der Reichen' in der 'Schweiz' in reicher Uebersetzung erschienen. Die Broschüre ist mit einem kurzen Geleitwort von dem solchen in Mannheimer freigesprochenen 'Anarcho-Socialisten' Dr. Friedberg versehen. Vor kurzem ist nun, wie der 'Vorwärts' mitteilt, Dr. Friedberg auf Ersuchen der Reichsanwalterschaft wegen dieser Broschüre unter der Aufsichtigung der Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden. Die Broschüre erweist bekanntlich, ob die Proklamierung des Streiks für den Militärdienst und den Fall eines Krieges ein Mittel der Arbeiterklasse sein könne. Dr. Friedberg identifiziert sich mit dem 'Vorwärts' mit der Herods'schen Ansicht nicht. Das Buch habe wesentlich französische Verhältnisse vor Augen und berühre nach seiner Richtung hin einen der tiefsten Punkte, die in den §§ 50 und 51 des Strafgesetzbuches als Hochverratsdelikte bezeichnet sind.
Kritik in der konservativen Partei Sachsen. Es sind kaum zwei Wochen verfloßen, als im Dresdener konservativen Verein der so schon bekannt gewordene sächsische Reaktionskreis von Kottig seine bedeutungsvolle Rede über die 'Rechtsregierung in Sachsen' hielt. Die damalige Sitzung des konservativen Vereins leitete deren Vorsitzender Professor Dr. Graevius, der sich mit den Ausführungen des Reaktionskreises von Kottig in allen Punkten einverstanden erklärte. Prof. Graevius, der dem agrarisch-konservativen Flügel sehr steht, ist gleichzeitig Vorsitzender des Landesverbandes der konservativen Partei für das Königreich Sachsen. Man wundert sich nun jenseitig darüber, daß die Veröffentlichung und Besprechung der Wahlrechtsklärung der konservativen Abgeordneten im konservativen 'Vaterland' nicht erfolgte. Jetzt ist hierzu der Schlüssel gefunden! Professor Graevius läßt sich nicht zu! Kusschen erortet nun den Rücktritt des Professors Graevius von der Stellung des offiziellen Führers der Dresdener Konservativen. Dieser Rücktritt ist natürlich nur ein Symptom für die tiefgehenden Gegensätze in der Partei selbst. Die Dresdener Konservativen treiben seit ungefähr vier Jahren eine Politik, die mit der von dem agrarischen Flügel der Partei gewünschten nicht zu vereinbaren ist. Sie sind ethisch genau, eine ganze Reihe von

Table with financial data, including columns for 'Tragn.', 'Stuhl.', 'Recht.', and 'K.', with various numerical values.